

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/86

7. Mai 1974

Die Partei steht hinter Willy Brandt

Der Kampf für die SPD-Ziele geht ungebrochen weiter

Seite 1 / 39 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

SPD-Präsidium zum Rücktritt des Bundeskanzlers

Seite 1a / 43 Zeilen

Erfolg nüchterner Politik

Grundlage für reibungslosen Zahlungsverkehr mit der DDR gelegt

Seite 2 / 33 Zeilen

Die soziale Lage in der Gemeinschaft

Sozialpolitik nicht mit Sozialhilfeverteilung gleichsetzen

Von Rudi Adams MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 3 / 39 Zeilen

Bewegung in europäischer Kulturpolitik?

Kultusminister sollten regelmäßige Ratstagungen abhalten

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 4 und 5 / 89 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Tel. 0 2 2 8 1 07-71

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Die Partei steht hinter Willy Brandt

Der Kampf für die SPD-Ziele geht ungebrochen weiter

Die Bundestagsfraktion hat am Dienstagmittag stellvertretend für die ganze Partei gehandelt und gesprochen. Mit minutenlangem Händeklatschen und lauter Zustimmung haben alle sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten ohne Ausnahme die Feststellung Herbert Wehners unterstrichen, daß sie hinter dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt stehen.

Voller Schmerz über das Ereignis, mit Respekt vor der Entscheidung und mit Liebe zur Persönlichkeit und Politik Willy Brandts hat, um Herbert Wehner noch einmal zu zitieren, die Fraktion für die Partei den Rücktritt ihres Parteivorsitzenden vom Amt des Bundeskanzlers zur Kenntnis genommen. Der Vorgang, der, bis auf ganz wenige besonders Vertraute, die ganze Fraktion und die ganze Partei wie ein Schlag getroffen hat, wird Fraktion und Partei nur über eine sehr kurze Zeitspanne verwirren. Der Appell, den Willy Brandt selbst vor der Fraktion, die ihn mit großer Herzlichkeit begrüßte, gerichtet hat, jetzt nicht zu jammern, sondern erst recht für die gute Sache unseres Volkes gut zu arbeiten und hart zu kämpfen, wird einen vehementen und aktiven Widerhall in der Partei finden. Wer die Sozialdemokratie kennt, der weiß, daß sie gerade in solchen Zeiten, in denen ihr der Wind steif um die Ohren bläst und sie zurückdrängen möchte, allen inneren Hader beiseitestellt und erst einmal zusammenrückt, um dann umso energischer und verbissener für die sozialdemokratische Politik einzustehen und zu kämpfen. Wer, wo immer auch, dieses Faktum übersehen oder nicht wahr haben möchte, dem dürften früher und härter als ihm lieb sein kann die Augen aufgehen.

Die neue sozialliberale Bundesregierung, deren Kanzler Helmut Schmidt sein wird, kann sich also in den vor uns liegenden bewegten Zeiten auf eine SPD-Fraktion und eine SPD stützen, die, geführt von Willy Brandt, alle ihre Energien und Möglichkeiten einsetzen wird, um gemeinsam mit dem Koalitionspartner FDP den Zielen und Absichten dieser Regierung die Bahn zum Erfolg zu brechen. Die Opposition irrt, wenn sie glauben sollte, daß sie jetzt Morgenluft sähe und wieder an die von der CDU/CSU so bitter entbehrtete Macht zurückkehren könnte. Herbert Wehner gab die Parole aus: "Das ist nicht das Ende, das ist nur ein besonders schwieriger Punkt, von dem aus wir die vor uns liegende Wegstrecke zusammen mit Willy Brandt erfolgreich gehen werden!"

(ee/7.5.1974/ks/ee)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

SPD-Präsidium zum Rücktritt des Bundeskanzlers

Das SPD-Präsidium hat am 7. Mai 1974 die folgende Erklärung verabschiedet, die die SPD-Fraktion einstimmig gebilligt hat:

Das Präsidium der SPD nimmt mit tiefer Betroffenheit die Entscheidung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Kenntnis, sein Amt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen. Die Hochachtung vor der überragenden Leistung Willy Brandts gebietet es, seine Entscheidung mit Respekt hinzunehmen. Willy Brandt hat mit diesem Schritt für sich selbst unnachlässig einen rigorosen Maßstab angelegt. Er gibt damit das Beispiel eines integren Demokraten, dem das Wohl des Staates absolute Pflicht ist.

Die Bürger dieses Landes haben Sozialdemokraten und Freie Demokraten am 19. November 1972 mit klarer Mehrheit verpflichtet, ihre Politik der Verständigung und des Friedens und der inneren Reformen fortzuführen. Der Wählerauftrag bleibt bindend. Das Bündnis von Sozialdemokraten und Freien Demokraten ist im Wort.

Willy Brandt ist Vorsitzender der Ältesten und mitgliederstärksten demokratischen Partei Deutschlands. In dieser Aufgabenstellung gestaltet er die deutsche Politik maßgeblich. Die Sozialdemokraten in Deutschland und in Europa können auf seine Erfahrung und seinen Rat nicht verzichten.

Es ist zu erwarten, daß die Hetzkampagne, gegen die sich Willy Brandt seit Beginn seines politischen Lebensweges durchzusetzen hatte, auf übelste Weise fortgesetzt wird. Manche in diesem Land haben sich immer noch nicht damit abgefunden, daß in unserer demokratischen Ordnung die Macht im Staat alle vier Jahre durch freie und geheime Wahlen von freien Bürgern vergeben wird. Diese Kräfte verlassen auch jetzt in bedenkenloser Weise den Rahmen einer fairen politischen Auseinandersetzung.

Willy Brandt hat wie kein anderer zur Sicherung des Friedens in der Welt und zur Verbesserung der Beziehungen der Völker untereinander beigetragen. Sein Ansehen in der Welt prägt entscheidend das Bild der Bundesrepublik Deutschland nach außen. Unter seiner Führung hat sich die Bundesrepublik zu einem der sozial und wirtschaftlich stabilsten Länder entwickelt. Willy Brandt ist uns Vorbild für Pflichterfüllung, Toleranz und Solidarität. Die Sozialdemokratische Partei steht geschlossen hinter ihrem Vorsitzenden.

Willy Brandt hat dem Präsidium der SPD seinen Stellvertreter im Parteivorstand, Bundesfinanzminister Helmut Schmidt, als seinen Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers vorgeschlagen. Das Präsidium macht sich diesen Vorschlag einstimmig zu eigen und wird ihn dem Parteivorstand und der Bundestagsfraktion vorlegen. Der Koalitionspartner ist von diesem Vorschlag unterrichtet. (-/7.5.1974/bgy/pr)

+ + +

Erfolg nüchterner Politik

Grundlage für reibungslosen Zahlungsverkehr mit der DDR gelegt

Staatssekretär Karl Otto Pöhl vom Bundesministerium der Finanzen und Staatssekretär Horst Kaminsky vom Ministerium der Finanzen der DDR haben am 25. April 1974 in Bonn die ersten Vereinbarungen über Teilbereiche des nichtkommerziellen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs unterzeichnet. Berlin (West) ist dabei durch eine besondere Klausel in das Vertragswerk einbezogen. Die pessimistischen Prognosen der Opposition haben sich also nicht bewahrheitet.

Die jetzt erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen sind die Grundlage für einen schnelleren und wesentlich reibungsloseren Transfer von Unterhaltszahlungen und Zahlungen aus Sperrguthaben. Damit entfällt ab dem 1. Juni 1974 das bisherige umständliche und langwierige Verrechnungsverfahren zwischen den behördlichen Jugendämtern der Bundesrepublik und den Referaten Jugendhilfe der DDR. Für die sozialschwachen Bürger in der Bundesrepublik konnte durchgesetzt werden, daß sie monatlich bis zu DM 200,-- bzw. Mark der DDR aus ihren Sperrguthaben in der DDR erhalten können. Voraussetzung ist, daß sie ihre Einkünfte vorwiegend aus einer Altersversorgung, einer Invaliditätsrente oder aus Sozialhilfe beziehen. Die Überweisungen werden über die Deutsche Bundesbank und über die Staatsbank der DDR im Verhältnis 1:1 (DM = Mark der DDR) verrechnet; eine Währungsparität ist damit nicht festgelegt worden.

Es ist schon jetzt abzusehen, daß auf dem Konto "S" der Staatsbank der DDR bei der Deutschen Bundesbank Überschüsse zugunsten der DDR von jährlich 13,5 Millionen DM stehen werden. Diese Überschüsse werden sich belebend auf den innerdeutschen Handel auswirken, weil die DDR damit in die Lage versetzt wird, Waren aus der Bundesrepublik zu beziehen. Die Verhandlungen über einen Transfer von Grundstückeerträgen aus der DDR verliefen zwar nicht ganz so erfolgreich. Die DDR besteht darauf, diese - nach dortigem Mietpreisstopp geringen - Erträge zur Grundstückserhaltung zu verwenden.

Beide Parteien - Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik - legen aber Wert darauf, es nicht bei den ausgehandelten Vereinbarungen zu belassen. Die neuen Regelungen sollen nach einer gewissen Einspielungszeit überprüft und ggf. verbessert werden, so bald dies auch nur eine Seite vorschlägt. (-/7.5.1974/bgy/pr)

+ + +

Die soziale Lage in der Gemeinschaft

Sozialpolitik nicht mit Sozialhilfeverteilung gleichsetzen

Von Rudi Adams MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Ein Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage in der Gemeinschaft im Jahre 1973 kann nur dann sinnvoll sein, wenn er Entscheidungsbasis für zukünftige Politiken sein kann. Diese grundsätzliche Frage läßt sich für die vorliegende Veröffentlichung in unterschiedlicher Weise beantworten: als Bestandsaufnahme für das Jahr 1973 hat sie informative Bedeutung; als Grundlage politischer Entscheidungen im Jahre 1974 dagegen ist sie nur begrenzt brauchbar, da sich die allgemeinen sozio-ökonomischen Voraussetzungen geändert haben, nicht nur unter der Perspektive der Rohstoffverknappungen, sondern ebenfalls unter der des allgemeinen Zustands (Handlungsunfähigkeit) der Gemeinschaft (verursacht durch die politisch-ökonomische Großwetterlage).

Die Kommission begreift die Vorlage ihres Sozialpolitischen Aktionsprogramms im Jahre 1973 - durchaus zu Recht - als einen qualitativen Fortschritt in Richtung der ursprünglichen Idee einer alle Bereiche umfassenden Gemeinschaft. Sie betont besonders den mittelfristigen Charakter der avisierten Maßnahmen, die in erster Linie verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen zum Ziel haben. Schwerpunktmäßig sollen dabei die Interessen schwächerer sozialer Gruppen berücksichtigt werden: Wanderarbeitnehmer, Behinderte, ältere und jüngere Arbeitnehmer, Diskriminierung von Frauen und chronisch Arme.

Die von der Pariser Gipfelkonferenz 1972 - Initiative für die sozialpolitische Aktivität der Gemeinschaftsinstitutionen - formulierten Ziele enthalten jedoch auch andere Vorstellungen, nämlich Vollbeschäftigung und vor allem stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an den wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen der Gemeinschaft. Vor allem letzterer Punkt wird gerne vergessen, und die Initiativen in dieser Richtung sind denkbar schwach. Die bisher um ein Jahr verzögerte Dreiparteienkonferenz wird zwar für den Frühsommer angekündigt, ob sie jedoch Schritte in der aufgezeigten Richtung bringen wird, bleibt, speziell nach den Erfahrungen, die der Sozialausschuß aus dem von ihm veranstalteten Hearing machte, zu bezweifeln.

Allerdings ist die Kommission verpflichtet, zur "Dritten Stufe" der Realisierung des sogenannten Aktionsprogramms vor Ende 1974 zu diesem Aspekt, zur Frage der Mitbestimmung sowie der Kooperation der einzelstaatlichen Arbeitsverwaltungen Vorschläge auszuarbeiten. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß der vorliegende Bericht der Gefahr nicht vollständig entgeht, Sozialpolitik mit Sozialhilfeverteilung gleichzusetzen, eine Betrachtungsweise, die sich bisher verhängnisvoll auf die Bewertung der immensen Bedeutung der Sozialpolitik als Teil einer umfassenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auswirkte.

(-/7.5.1974/ka/wt/pr).

+ + +

Bewegung in europäischer Kulturpolitik?

Kultusminister sollten regelmäßige Ratstagungen abhalten

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

In den Jahren des Entstehens der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hatte die Wirtschaftspolitik innerhalb der gemeinsamen Politik der sechs Länder, die diese Gemeinschaft zunächst bildeten, Vorrang. Dies soll sich ändern. Schon in den Schlußkommuniqués der Gipfelkonferenz von Den Haag und Paris wird z.B. den kulturellen Aspekten der europäischen Integration besondere Aufmerksamkeit gewidmet. In einer Ausarbeitung des Europäischen Parlaments zu den Möglichkeiten der Ausweitung der Gemeinschaftspolitik in die Bereiche Kultur, Bildung, Forschung und Jugend heißt es u.a.: "Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck, sondern muß im Dienste des Menschen und der Vergrößerung seines Wohlbefindens stehen. In diesem Zusammenhang müssen Wissenschaft und Erziehung eine große Rolle spielen. Darüber hinaus hängt der wirtschaftliche Wohlfand auch heute noch weitgehend vom Stand der wissenschaftlichen Forschung und der Bildung der Bevölkerung ab. Ferner macht die Zunahme der Freizeit durch eine verstärkte Mechanisierung die Entfaltung kultureller Tätigkeiten erforderlich."

Kulturelle Fragen wurden weitgehend, wie schon angemerkt, aus der Arbeit der Europäischen Gemeinschaft ausgeklammert. Hier hat der Europarat in den letzten Jahren manches geleistet. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß im Europarat bei weitem nicht so eng zusammengearbeitet wird wie innerhalb der Gemeinschaft, und die Beschlüsse, die die Kulturpolitik betreffen, sind, wie alle Beschlüsse des Europarates, für die Regierungen nicht verbindlich. Für die Europäische Gemeinschaft ergeben sich für die Kulturpolitik einige Ausgangspunkte aus den Römischen Verträgen. Diese sind abzuleiten aus den Artikeln, die die Europäische Universität, den Austausch junger Arbeitskräfte und die gegenseitige Anerkennung von Diplomen betreffen. Für den Bildungsbereich gibt es anwendbare Artikel in bezug auf die Berufsausbildung, und innerhalb des Euratom-Vertrages sind Bestimmungen über die Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Kernenergie enthalten. Weitere Ansatzpunkte für eine europäische Kulturpolitik sind auch aus der Tatsache abzuleiten, daß die europäischen Schulen mit Mitteln der Gemeinschaft unterstützt werden und somit auf eine Einflußnahme auf die Unterrichtspolitik hingewiesen werden kann.

Im Europäischen Parlament vertritt man weitgehend die Meinung, daß die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet bei der Ausbildung zu beginnen habe. Sie müsse nach europäischen Maßstäben gestaltet werden. Besonders im Unterricht sollte schon im frühen Stadium soviel wie möglich Übereinstimmung der Unterrichtsziele zu erreichen gesucht werden. Wer dann später von den ihm gegebenen Möglichkeiten, seine berufliche Ausbil-

derung oder sein Hochschulstudium innerhalb der Gemeinschaft zu beginnen, Gebrauch macht, verfügt über eine gewisse "europäische Vorbildung", die ihm überhaupt erst die gebotenen Chancen zu nutzen gestattet. Berücksichtigt man jedoch, welche Schwierigkeiten sich z.B. allein innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den unterschiedlichen Auffassungen über die Schulbildung in den einzelnen Bundesländern ergeben, so kann man ahnen, welche Schwierigkeiten vor der gewünschten europäischen Unterrichtsvereinheitlichung stehen.

Die Europapolitiker wollen künftig verstärkt prüfen, welche Möglichkeiten zur Vereinheitlichung des Unterrichtssystems z.B. durch die Einschaltung von Massenmedien und modernen audiovisuellen Lehrmitteln bei den verschiedenen Abstufungen des Unterrichts auf europäischer Ebene gegeben sein können. Dies müßte allerdings eine andere pädagogische Einstellung in bezug auf den traditionellen Unterricht erfordern. Man glaubt, daß solche modernen Mittel am besten auf europäischer Ebene erprobt werden können. Für sehr wichtig wird auch das Problem der Schulbücher und hier wiederum für den Geschichtsunterricht angesehen. Noch immer weisen derartige Bücher falsche Vorstellungen über die europäischen Nachbarn auf, und Vorurteile alter Art werden selbst im Zeitalter der Neuner-Gemeinschaft aufrechterhalten. Es müßte deshalb darauf bestanden werden, daß mehr als bisher das gegenseitige Verständnis, die Beseitigung von Vorurteilen und die Förderung der Kenntnis der Kultur anderer Länder in den Schulen innerhalb unserer Gemeinschaft gelehrt wird.

Große Anstrengungen müßten auch unternommen werden, um eine Aktion "aktive Kenntnis einer zweiten Sprache und passive Kenntnis einer dritten Sprache; in die Wege zu leiten. In der immer mehr zusammenwachsenden Europäischen Gemeinschaft wird es auf die Dauer unerlässlich sein, sich darauf zu einigen, welche erste Fremdsprache in allen Ländern zugleich gelehrt wird, damit die Möglichkeit besteht, sich besser als bisher auch in direkten Gesprächen verstehen zu können. Verstärkter Austausch von Jugendlichen ist eine weitere Selbstverständlichkeit, die nur angemerkt sein soll. Hierbei darf man jedoch nicht nur an Schüler und Studenten denken, sondern mehr als bisher müssen auch junge Arbeitnehmer in Austauschprogramme mit einbezogen werden.

Zu den Überlegungen, die am Beginn einer solchen gemeinschaftlichen Politik stehen, zählen auch jene nach der Vereinheitlichung der Fortbildung der erwachsenen Bevölkerung. Der bezahlte Bildungserlaubnis sollte in allen Mitgliedsstaaten gesetzlich geregelt und auf europäischer Ebene harmonisiert werden. Themen über die Sozialpolitik, zum Umweltschutz und zur Verbraucherpolitik in Europa könnten besonders geeignet sein, bei der Erwachsenenbildung einbezogen zu werden. Ohne auf weitere Aspekte und Chancen einzugehen, sei abschließend festgestellt: Als die Erziehungs- und Bildungsminister der ehemals sechs Mitgliedstaaten der Gemeinschaft im Rahmen einer Ratstagung am 16. November 1971 zusammentraten, bekundeten sie den Willen zur Zusammenarbeit auf dem Bildungssektor. Eine Gruppe von Sachverständigen hat in der Zwischenzeit gearbeitet. Bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften liegen erste ausgearbeitete Programme vor. Es wäre wünschenswert, wenn die Erziehungs- und Kultusminister regelmäßige Ratstagungen abhalten würden, um auch dadurch der Bevölkerung im jetzigen Europa der Neun die Gewißheit zu geben, daß der ernsthafte Wille besteht, im Bereich von Bildung und Kultur Fortschritte zu erzielen.

(-7.5.1974/ks/pr)

+ + +